



Bürgermeister Frank Lämmermann

Gemeinde Weyhe  
Rathausplatz 1  
28844 Weyhe

### **„Kampfhundesteuer“ in der Gemeinde Weyhe.**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Lemmermann,

ein Journalist des Weserkuriers hat mich über die für die Gemeinde Weyhe geplante „Kampfhundesteuer“ informiert. Das gesamte Tierheimteam und die ehrenamtlichen Helfer der Arche Noah sind darüber sehr bestürzt. In der Hoffnung für alle Beteiligten eine vernünftige Lösung zu finden, wende ich mich an Sie und biete Ihnen an, Aufklärung zu den sogenannten Kampfhunden zu geben und meine Erfahrungen und Kenntnisse in die anstehenden Debatten und Diskussionen einzubringen.

Ich möchte dadurch verhindern, dass

- Hundehalter, die nie mit ihren Hunden auffällig geworden sind, diskriminiert werden,
- unsere Arbeit als Tierheim erschwert wird und
- die Gemeinde Weyhe erhebliche Nachteile hat.

Hierzu einige erste Erläuterungen:.

Als Argument für eine Kampfhundesteuer wird oftmals vorgetragen, dass es zu viele sogenannte Kampfhunde in einem bestimmten Gebiet gäbe und man die Zahl verringern möchte, um einen besseren Schutz vor speziell diesen Hunden zu erreichen.

„Kampfhunde“ pauschal als gefährlich einzustufen, ist bis heute wissenschaftlich nicht nachweisbar, auch wenn dies noch immer behauptet wird.

Statistiken zu Beißenfällen beweisen das bereits seit Jahren. Das Bundesland Niedersachsen hat deswegen im Jahre 2004 die Kampfhundeverordnung gekippt.

Auch gibt es in Niedersachsen keine Rasselisten mehr.

In Weyhe und in den umliegenden Gemeinden kann keine Überpopulation dieser Hunde unterstellt werden, wie sie vielleicht in Großstädten wie Frankfurt oder Berlin vorkommt (im Übrigen trotz einer sehr hohen „Kampfhundesteuer“).

Eine „Kampfhundesteuer“ von ca. 600 € im Jahr ist für viele ehrliche Hundebesitzer einfach zu hoch. Da deren Hunde für sie Familienmitglieder sind und nie auffällig wurden, bestünde die Gefahr, dass

- Hundebesitzer dieser Rassen die Papiere ihres Hundes beim Tierarzt umschreiben lassen und damit aus einem American Staffordshire Terrier ein Boxermischling wird.
- die Besitzer ihren Hund einfach bei Verwandten anmelden, die in Gemeinden ohne „Kampfhundesteuer“ wohnen.
- sie ihren Hund gar nicht mehr anmelden.

Die wenigen Hundebesitzer, die den ehrlichen Weg einschlagen und die erhöhten Steuern bezahlen, wären damit die Leidtragenden. Eine eventuelle Verbesserung für die Finanzlage der Gemeinde Weyhe ließe sich dadurch nicht erreichen.

Sicherlich könnte die Einführung einer „Kampfhundesteuer“ zu einer vermeintlich statistisch belegten Verringerung dieser Hunderassen in Ihrer Gemeinde führen. Der Grund hierfür wäre aber nicht die geringere Anzahl dieser Hunde, sondern ergäbe sich durch die Dunkelziffer der nicht oder falsch angemeldeten Hunde. Eine Kontrolle über die tatsächliche Population wäre dann unmöglich.

Es wäre damit zu rechnen, dass der ein oder andere Hund bei uns abgegeben oder einfach ausgesetzt wird und dann bei uns im Tierheim als Fundtier landet.

Gleichzeitig würde die Vermittlung dieser Hunde erschwert, weil Bürger aus Weyhe, die gerne solch einen Hund hätten, diesen aufgrund der Steuern doch nicht nehmen würden. Die Aufenthaltsdauer und somit die Kosten für die Unterbringung schlecht zu vermittelnder Hunde, stiege rapide.

Abschließend möchte ich bemerken, dass ich es wichtig finde, verantwortungslosen Menschen und solchen, die nicht eine artgerechte Haltung bestimmter Hunderassen sicherstellen können, den Besitz solcher Hunde zu verhindern. Eine pauschale Verurteilung und Diskriminierung aller sogenannten „Kampfhundebesitzer“ über die Einführung einer entsprechenden Steuer wäre einfach nicht fair.

Ich würde mich freuen, wenn Sie mein Angebot zu Gesprächen annehmen und z.B. einen „runden Tisch“ zu diesem Thema initiieren würden.

Eine ausführliche Powerpointpräsentation zum Thema „Kampfhunde“, deren Entstehung und Wesen und die Vor- und Nachteile der bestehenden Gesetze könnte ich mir, bei Interesse auch in einem größeren Rahmen vorstellen.

Mit freundlichen Grüßen  
Stefan Kirchhoff